



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

13. hét

2019.03.25.

## ZUSAMMENFASSUNG

- Ungarische Innenpolitik – Am 12. Dezember 2018 versuchten Abgeordnete der Oppositionsparteien, den Betrieb des ungarischen Parlaments zeitweise unterbrechende Aktionen durchzuführen. Im Ergebnis ihres damaligen Auftretens senkte die Parlamentsmehrheit in der vergangenen Woche – in unterschiedlichem Ausmaße – die Bezüge der Teilnehmer an der Aktion. Die Sympathiewerte der Oppositionsparteien in der Bevölkerung nahmen im Zuge dieser Aktionen nicht zu, weshalb es nur zu verständlich ist, dass die Zahl und Intensität ähnlicher Auftritte seither zurückgegangen ist.
- Wirtschaftspolitik – Der wegen der systematisch steigenden Leistungskraft der ungarischen Wirtschaft auftretende Arbeitskräftemangel schuf Möglichkeiten für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften, mit einer effizienten Vertretung ihrer Interessen dynamischere Zuwächse bei den Lohnerhöhungen zu erzielen. Im ersten Quartal 2019 wurden weitaus mehr Streiks durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen, als das früher der Fall war. Die ungarische Regierung unternimmt Schritte, die Spannungen zu lindern, indem sie die Steuern und Abgaben auf die Arbeit senkt. Diesem Umstand ist zugleich zu verdanken, dass die Proteste wirtschaftlicher Natur sind und keinen politischen Charakter annehmen.
- Außenpolitik, Außenwirtschaft – Auf der politischen Vorstandssitzung der Europäischen Volkspartei (EVP) in der vergangenen Woche wurde ein Kompromiss bis zum 26. Mai geschlossen, der dem Fidesz, Manfred Weber und den Deutschen gerecht wird. Im Sinne der im letzten Moment abgeänderten Entscheidung suspendiert der Fidesz seine EVP-Mitgliedschaft solange, bis der sogenannte „Rat der Weisen“ einen Bericht vorgelegt hat. Unterm Strich haben alle EVP-ler gewonnen, nämlich Zeit bis nach den Wahlen
- Nachrichten, die Beachtung verdienen – Mit Wirkung vom 1. April 2019 geht das ECHO TV im HírTV auf, d. h. der 2003 eingerichtete Nachrichtensender für die Repräsentanz rechtsgerichteter und konservativer Wertevorstellungen kehrt nach der früheren Entgleisung vollständig zu seiner ursprünglichen gesellschaftlichen Funktion zurück. Die Fusionierung ist zugleich wirtschaftlich ein rationaler Schritt, weil die Aufrechterhaltung von zwei Nachrichtensendern mit der gleichen Zielgruppe außerordentlich kostspielig war.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DAS PARLAMENT HAT 36 OPPOSITIONSPOLITIKER BESTRAFT

Am 12. Dezember 2018 versuchten Abgeordnete der Oppositionsparteien, den Betrieb des ungarischen Parlaments zeitweise unterbrechende Aktionen durchzuführen. Im Ergebnis ihres damaligen Auftretens senkte die Parlamentsmehrheit in der vergangenen Woche – in unterschiedlichem Ausmaße – die Bezüge der Teilnehmer an der Aktion. Die besagten Aktionen wurden durch zwei Drittel der ungarischen Gesellschaft – darunter auch einen Teil der Opposition – zurückgewiesen.

Im Hintergrund dieser hochgradigen Ablehnung sind in erster Linie jene Meinungen von Bürgern wahrzunehmen, die den Einsatz radikaler Instrumente des Skandalpolitizierens ablehnen. Zwar gab es schon früher in der Geschichte des modernen ungarischen Parlamentarismus Bestrebungen zur Obstruktion, wobei jedoch niemand den Versuch unternahm, die Arbeit der Gesetzgebung unter Sprengung des Rahmens der Rechtsstaatlichkeit zu verhindern. Eine Konsequenz der Aktion vom Dezember – welche die DK auf eine Bühne mit der Jobbik stellte – bestand in der Senkung der Abgeordnetenbezüge. Ein politischer Effekt ergab sich abgesehen von ausbleibenden Zunahmen bei den Systemwerten damit, dass die frühere Jobbik-Abgeordnete Frau Hegedűs ihr Parlamentsmandat zurückgab. Frau Hegedűs, die zuvor auch Vizevorsitzende der Jobbik war, begründete ihren Parteiaustritt und die Rückgabe des Mandats mit den Worten, „jede gleich wie geartete gemeinsame Plattform mit den Postkommunisten steht im Widerspruch zu meiner Erziehung und meiner persönlichen Überzeugung“. Ein weiteres relevantes Ereignis des Parlaments in der vergangenen Woche war die mehrheitlich getroffene Entscheidung, das Immunitätsrecht von Gergely Farkas, dem Vorsitzenden der Jugendorganisation der Jobbik, auszusetzen, nachdem der Politiker des Wahlbetrugs bezichtigt wird.

Die Ausarbeitung der Details für den durch die Regierungsparteien eingereichten Aktionsplan zum Schutz der Familien kommt nach Mitteilung des Ministerpräsidenten im vorgesehenen Tempo voran. Zunächst einmal wird die Gesetzgebung Gesetzesänderungen debattieren und verabschieden, die für die Einführung des Aktionsplans zum Schutz der Familien erforderlich sind; anschließend folgt die genauere Definition einzelner getroffener Maßnahmen im Umfeld der Rechtsnormen. In erster Linie die Gesetze über die Einkommensteuer und die Familienzuschüsse werden modifiziert. Ersteres wird

notwendig, um die Zuwendung zum Babykriegen sowie den Zuschuss für den Pkw-Kauf von Großfamilien entsprechend von der Einkommensteuer zu befreien, Letzteres ergibt sich aus der staatlichen Verpflichtungsübernahme in Verbindung mit dem zinslosen Kredit zum Kinderzeugen im Volumen von maximal 10 Millionen Forint, der Ehepaaren im zeugungsfähigen Alter eingeräumt wird.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE STREIKS DER ARBEITNEHMER SIND WIRTSCHAFTLICHER UND NICHT ETWA POLITISCHER NATUR

**Gemessen an früheren Jahren wurden in den jüngsten Monaten bei deutlich mehr Unternehmen Arbeitsniederlegungen in Aussicht gestellt beziehungsweise Streiks organisiert, um höhere Löhne für die Arbeitnehmer zu erstreiten. Hinter der erstarkenden Repräsentanz der Arbeitnehmerinteressen stehen wirtschaftliche und keine politischen Faktoren.**

Im ersten Quartal 2019 wurden bei zahlreichen, auch aus dem Blickwinkel der Volkswirtschaft relevanten Unternehmen und Betrieben Streiks angekündigt. Die Forderungen der Mitarbeiter im Audi-Werk Győr, im Hankook-Werk in Dunaújváros, bei der im Handel tonangebenden Metro sowie im Esztergomer Suzuki-Werk zeigten jeweils in die gleiche Richtung: Man wollte im Rahmen von Tarifverhandlungen höhere Grundlöhne erstreiten. Diese Verhandlungen endeten in den meisten Fällen mit einem positiven Ergebnis, das den Interessen der Arbeitnehmer entspricht, und mit Lohnerhöhungen oberhalb der ursprünglich zugesicherten Lohnsteigerungen.

Für das entschlossenere Auftreten der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften finden sich verschiedene wirtschaftliche Gründe:

- seit 2010 ist die Erwerbslosenquote in Ungarn beträchtlich, nach aktuellen Angaben auf 3,6 Prozent gesunken,
- nicht unabhängig davon nahm die Beschäftigungsquote auf 75 Prozent zu, während in den einzelnen Wirtschaftszweigen ein zunehmend deutlicher wahrnehmbarer Arbeitskräftemangel um sich greift,

- die meisten Analysten gehen davon aus, dass 2019 die Entwicklung des Ausmaßes des Arbeitskräftemangels der entscheidende Faktor am Arbeitsmarkt sein wird (nach Angaben des Zentralamtes für Statistik sind in der Volkswirtschaft insgesamt 83.000 Stellen unbesetzt),
- die ungarische Währung bewegte sich, nachdem sie den vorjährigen Fieberkurs hinter sich ließ, in einem kalkulierbaren Rahmen; ein erstarkender Forint kommt den multinationalen Unternehmen in Ungarn entgegen.

Die Ungarische Nationalbank und das Finanzministerium haben die Reduzierung des Arbeitskräftemangels in den durch sie ausgearbeiteten Programmen als herausragende Aufgabe definiert. Sie argumentieren dabei, dass in dem zunehmend intensiver geführten Wettbewerb die Fähigkeit der Großunternehmen, Arbeitskräfte zu absorbieren, die einheimischen Klein- und mittelständischen Unternehmen negativ berühren wird. Die Gewerkschaften haben sehr gut erkannt, dass es sich die meisten Arbeitgeber in dieser Markt- und Wirtschaftslage nicht leisten können, dass jene Mitarbeiter, die ihre Produktivität grundlegend prägen, die Fabriken scharenweise verlassen.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE DISKUSSION DREHT SICH UM DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI

Auf der politischen Vorstandssitzung der Europäischen Volkspartei (EVP) in der vergangenen Woche wurde ein provisorischer Kompromiss bis zum 26. Mai geschlossen, der dem Fidesz, Manfred Weber und den Deutschen gerecht wird. Im Sinne der im letzten Moment abgeänderten Entscheidung suspendiert der Fidesz seine EVP-Mitgliedschaft solange, bis der sogenannte „Rat der Weisen“ seinen Bericht vorgelegt hat. Unterm Strich haben alle EVP-ler gewonnen, nämlich Zeit bis nach den Wahlen.

Laut offizieller Mitteilung der EVP hat der Fidesz in Übereinstimmung mit dem Vorstand der Parteienfamilie beschlossen, seine Mitgliedschaft für die nächsten Wochen zu suspendieren. Im offiziellen Dokument der Volkspartei heißt es auf Englisch: „The EPP Presidency and FIDESZ jointly agree that FIDESZ suspends its membership in the EPP“. Die Fähigkeit zur Interessenvertretung der führenden ungarischen Regierungspartei wurde nicht beschnitten, nachdem es in der verbleibenden Zeit bis zu den Europawahlen innerhalb der Volkspartei keine wichtigen Beratungen mehr geben wird.

Diese Entscheidung ist deshalb vorteilhaft für beide Seiten, weil sie die Einheit der Volkspartei bis zum 26. Mai bewahrt. Zugleich bedeutet sie ein Scheitern all jener einwanderungsfreundlichen politischen Kräfte im linken Flügel der EVP, die in der vergangenen Woche bereits zum Ausschluss des Fidesz rüsteten. Eine außerordentlich relevante Nuance besteht darin, dass der Kompromiss nicht gegen den Fidesz, sondern in Übereinstimmung mit diesem zustande kam – mit anderen Worten konnte der ungarische Ministerpräsident selbst in einer derartigen unvorteilhaften politischen Situation noch Interessen zur Geltung bringen und Souveränität an den Tag legen. Die getroffene Lösung zeigt zugleich, dass in Wirklichkeit von der Zukunft der Europäischen Volkspartei die Rede ist. In jenem Fall, dass nach dem 26. Mai die Anhänger des liberalen Flügels innerhalb der Volkspartei in die Mehrheit gelangen sollten, ist wegen anzunehmender Versuche von Seiten des Macron-Lagers zur Errichtung neuer Koalitionen ein Bruch bei der EVP nicht auszuschließen. Im entgegengesetzten Fall wiederum könnte aber auch die Schaffung eines neuen christdemokratischen Bündnisses außerhalb oder innerhalb der Volkspartei unter Führung des Fidesz auf die Tagesordnung gelangen.

Die Aufstellung des „Rates der Weisen“ war von beiden Seiten ein geschickter politischer Schachzug, wobei fraglich ist, inwieweit ihre Stimme in Abhängigkeit von den neu ausgestalteten Kräfteverhältnissen im Europaparlament Gewicht haben wird. Nach dem 26. Mai wird mit größter Wahrscheinlichkeit eine gewandelte EVP zustande kommen.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### AB APRIL FUSIONIEREN DIE NACHRICHTENSENDER HÍR TV UND ECHO TV

Die Presseverlautbarung der Mitteleuropäischen Presse- und Medien-Stiftung (KESMA) teilte mit, dass das ECHO TV wegen der Schnittmengen im Eigentümerkreis, in der Bewirtschaftung und der thematischen Nähe der ausgestrahlten Programme mit Wirkung vom 1. April im HírTV aufgehen wird. Im Hintergrund dieser Entscheidung steht abgesehen von den oben genannten Gründen die wirtschaftliche Rationalität, denn Bekanntheitsgrad und Popularität des HírTV lagen höher, als im Falle des verschwindenden Senders. Das hat politikgeschichtliche Ursachen: Das HírTV wurde 2003 gegründet und war – von einem kurzzeitigen unrühmlichen Intermezzo abgesehen – für rechtsgerichtete Zuschauer mit einer konservativen politischen Anschauung ein wichtiger

Orientierungspunkt auf dem Medienmarkt, auf dem sich zum Zeitpunkt seiner Gründung Medien mit einer entgegengesetzten Meinung noch eindeutig in der Mehrheit befanden. Somit darf dem HírTV als erstem rechtskonservativen elektronischen Medium in der ungarischen Politikgeschichte eine tiefere Einbettung als Marke in der Gesellschaft unterstellt werden, als dem ECHO TV. Im Ergebnis der Fusionierung dürfte neben der konzentrierteren Programmausstrahlung der beiden Sender eine Optimierung der Einschaltquoten als Ziel gelten, denn die Zuschauergemeinschaften wiesen doch erhebliche Schnittmengen auf.

### **BIS ZUM 22. MAI DÜRFEN DIE BRITEN DEN AUSTRITTSSTERMIN NOCH AUFSCHIEBEN**

Nachdem die konservative britische Regierung einen Antrag auf Aufschub eingereicht hatte, bot die EU-Führung Premierministerin Theresa May eine zeitliche Verschiebung des Brexit in zwei Stufen an. Im Interesse von May würde es liegen, wenn das britische Unterhaus die zuvor bereits zweimal niedergestimmte Austrittsvereinbarung in dieser Woche endlich billigen würde. In diesem Fall nämlich könnten die Briten noch bis zum 22. Mai in der EU verbleiben und käme es nicht zu dem ungeordneten Austritt, der die Interessen keiner Seite widerspiegeln würde. Für den Fall, dass sich die Mehrheit des britischen Unterhauses auch dieses Mal nicht hinter May stellen sollte, würde es einen Aufschub bis zum 12. April geben. Bis zu diesem Zeitpunkt müssten die Briten entscheiden, ob ihnen der ungeordnete Austritt besser gefällt, oder ob sie einen längeren Aufschub wünschen – in dem Fall aber müssen sie im Mai Europawahlen abhalten. May hatte im Übrigen im Besitz einer Bevollmächtigung durch das Unterhaus um eine Modifizierung des Austrittsdatums auf den 30. Juni gedrängt. In Verbindung mit der Brexit-Frage, die als eines der Hauptthemen des zweitägigen EU-Gipfels in der vergangenen Woche benannt wurde, blieb der ungarische Standpunkt weiterhin konsequent: Demnach sind sowohl die Rechte der in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union tätigen Briten als auch der auf der britischen Insel tätigen EU-Staatsbürger für die Zeiten nach dem Austritt zu wahren, weshalb die ungarische Regierung an einem geordneten Brexit interessiert ist.

## PROGNOSE

- Am 31. März 2019, also am kommenden Sonntag, wird der neue Staatspräsident der Ukraine gewählt, sofern einer der Kandidaten bereits in der ersten Runde die absolute Mehrheit der Stimmen erzielen könnte. Laut Wahlanalysen dürfte jener unter den drei am ehesten aussichtsreichen Kandidaten das Rennen machen, der die Stimmen jener Wähler zwischen den beiden Wahlgängen optimieren könnte, die auf den nach der ersten Runde ausscheidenden Kandidaten abgegeben wurden – nur die wenigsten rechnen nämlich mit einer Entscheidung der Wahl gleich im ersten Wahlgang.

Bei der ukrainischen Präsidentschaftswahl gibt es zwei Runden, wobei in die Stichwahl der zweiten Runde die beiden bestplatzierten Kandidaten aus der ersten Runde gelangen. Den Erwartungen im Vorfeld folgend dürfte es für den Humoristen Wolodymyr Selenskyj schwieriger sein, überhaupt in die zweite Runde vorzustoßen, als diese dann zu gewinnen. Aus ungarischem Blickwinkel ist es relevant, ob Petro Poroschenko – unter dessen Präsidentschaft die Gründung einer eigenständigen ukrainischen orthodoxen Kirche stattfand, das drastische Sprachengesetz zustande kam und der russisch-ukrainische Konflikt in der Meerenge von Kertsch provoziert wurde – in die zweite Runde vorzudringen vermag, oder nicht. Sollte er die erste Runde nicht gewinnen und nicht in die Stichwahl gelangen, bieten sich Chancen für die Wahl einer neuen politischen Führung, mit der es leichter sein könnte, sich beispielsweise in den Angelegenheiten der ungarischen Minderheit Transkarpatiens zu verständigen.